

Scheindemokratie beim Atommüll

Autor(en): **Fasnacht, Jean-Jacques**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): **- (2010)**

Heft 2: **Das Atommüllproblem ist nicht gelöst**

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

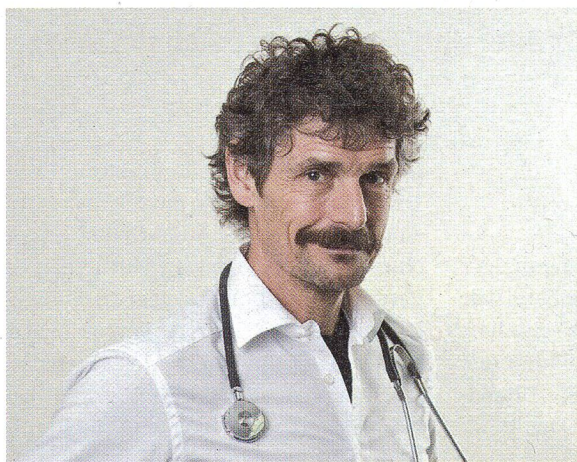
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Scheindemokratie beim Atommüll



Von Dr. med. **JEAN-JACQUES FASNACHT**,
Co-Präsident von KLAR! Schweiz, fasnachtjj@bluewin.ch

Pseudo-Verfahren für entmündigte Betroffene

Die Botschaft aus Bern ist unmissverständlich, ein Atommülllager würde der betroffenen Region auch gegen ihren Willen aufgezwungen. Das Dilemma ist bekannt. Den tödlich für Tausende von Generationen strahlenden Atommüll will niemand.

Zu Recht, denn es gibt keine Garantie für die Sicherheit der Betroffenen, grundlegende Sicherheitsfragen sind ungelöst, und eine radioaktive Abfalldeponie wird eine gesamte Region entwerten. Dass ein Atommülllager einer Region massiv schadet, konnte eine umfassende und vom Kanton Schaffhausen in Auftrag gegebene wissenschaftliche Untersuchung unlängst belegen. Die äusserst gereizte Reaktion der Bundesbehörden darauf war denn auch nicht überraschend, da negative Aspekte zu einem Atommülllager unwillkommen sind und Bern sich ausbedingt, das Auswahlverfahren in Eigenregie zu lenken. Mit einem sogenannten und vollkommen unverbindlichen Partizipationsverfahren, dessen Regeln zwar niemand kennt, versucht der Bund nun die unabdingbare nötige Akzeptanz einer Region nachzuweisen. Denn in der Schweiz dürfen die direkt Betroffenen nicht mehr über Atommülldeponien und damit über ihre Zukunft bestimmen, nachdem sich der Kanton Nidwalden in demokratischer Art und Weise gegen ein Atomendlager am Wellenberg ausgesprochen hatte. Damit genügt die Schweiz aber nicht mehr internationalem Standard. In Schweden und in Finnland beispielsweise entscheiden immer noch die betroffenen Kommunen abschliessend und autonom, ob ein Atommülllager akzeptiert wird oder nicht.

Augenwischerei und unlautere Lockangebote

Mit Entrüstung haben die von einem möglichen radioaktiven Abfalllager betroffenen Regionen zur

Kenntnis nehmen müssen, dass sie bloss noch bei der Gestaltung der Oberflächenanlagen mitreden dürfen. Unter anderem wird tunlichst vermieden, die Notwendigkeit eines wegen potenzieller terroristischer Übergriffe militärisch abgeschirmten Bezirks zu thematisieren. Auch die möglichen katastrophalen Gefahren eines zum Beispiel im Zürcher Weinland nur knapp 500 Meter unter der Oberfläche gelegenen «Minenfeldes» mit hochradioaktivem Atommüll mit einer Fläche von acht Quadratkilometern und vielen ungeklärten wissenschaftlichen Fragen dazu sollen nicht mehr offen zur Diskussion stehen. Als Affront empfindet KLAR! Schweiz, dass die Bundesbehörden im Rahmen des Partizipationsverfahrens der Bevölkerung mögliche ökonomische Vorteile eines Atommülllagers schmackhaft machen wollen. Das stellt prinzipiell die unumgänglich notwendige Unvoreingenommenheit der Bundesämter in Frage!

Entschiedener Widerstand

Bereits haben sich die verschiedenen regionalen Oppositionsgruppen vernetzt. Denn für sie gibt es in Sachen Atommüll kein Schwarzpeterspiel: Atommüll gehört ganz einfach nicht in dicht bevölkerte Regionen. Vergebens wartet die Opposition bis heute auf die vom Bund hoch und heilig längst versprochene finanzielle Unterstützung, damit sie sich mit gleich langen Spiessen in das Auswahlverfahren einbringen kann. Dem Bund ist zu empfehlen, ein neues, sachgerechtes und faires Auswahlverfahren mit dem demokratischen Mitbestimmungsrecht der Betroffenen in die Wege zu leiten und den Umstand zu berücksichtigen, dass auf der Erdoberfläche Menschen leben und arbeiten, die nicht mit den Risiken einer möglichen radioaktiven Abfalldeponie in ihrem Untergrund leben können und wollen! Und für diese Menschen steht ausser Frage, dass Atomstrom mit seinen damit verbundenen immensen Gefahren und dem ungelösten Atommüllproblem ein Auslaufmodell ist. <

Dr. med. Jean-Jacques Fasnacht, Landarzt in Benken, ist Co-Präsident von KLAR! Schweiz, der grössten Oppositionsgruppe der Region Benken gegen eine atomare Endlagerung in Zürich. Zudem ist er Vorstandsmitglied der atomkritischen Ärzteorganisation PSR/IPPNW Schweiz und der Allianz «Nein zu neuen AKW» (ANNA). Zentrum seines Lebens ist seine Familie «und damit auch meine grosse Verantwortung meinen Kindern und Enkelkindern gegenüber». Deshalb ist Jean-Jacques Fasnacht klar gegen den Ausbau von Atomenergie in der Schweiz – und ist überzeugt, dass es mit erneuerbaren Energien und Energieeffizienz funktionieren kann und muss.